

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Franken- und Sterbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 38

Erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis: 2,50 Mk. für das Vierteljahr.
Zu beziehen durch alle Postämter.

Gotha, 5. September 1920
(Telephon: Nr. 174.)

Inserate kosten 75 Pfg. die einseitige Zeile.
Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlung-Anzeigen für Mitglieder 10 Pfg.

34. Jahrg.

Arbeiter, Angestellte und Beamte von Berlin und der Provinz Brandenburg.

Entsprechend dem Auftrag der Reichskommission zur Sicherung strengster Neutralität zur Bekämpfung der Konterrevolution alle Waffen-, Munitions- und Truppentransporte zu kontrollieren, haben die unterzeichneten Körperschaften beschlossen, in Berlin und der Provinz Brandenburg an allen wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Transportwegen Kontrollstationen einzusetzen. Diese müssen auf das Strengste die Kontrolle aller Waffen-, Munitions- und Truppentransporte durchführen. Eine Ausnahme bilden nur die auf Grund des Friedensvertrages erfolgenden Transporte der Evakuierten, die nachweislich für die Befreiungstruppen bestimmt und als solche kenntlich gemacht sind, jedoch muß auch über diese der unterzeichneten Zentralstelle sofort Mitteilung gemacht werden. Diese Kontrollstellen sind nicht berechtigt, selbständige Eingriffe von weittragender Bedeutung zu treffen, sondern sind verpflichtet, in Zweifelsfällen sofort mitzuteilen.

Zentralstelle, Genosse Herrn. Müller, Berlin O. 27, Schillerstr. 53 A, Tel.: Weg. 3007 u. Königl. 3759, in Verbindung zu setzen. Wir ersuchen die Kontrollinstanzen, ihre Zusammenkunft in derselben Weise vorzunehmen, wie sie von den unterzeichneten Körperschaften erfolgt ist und die Adresse des Obmanns unverzüglich an den Genossen Hermann Müller einzusenden.

Arbeiter, Angestellte und Beamte An Euch liegt es nun, dafür zu sorgen, daß entsprechend dem Auftrage der Internationale und der Reichskommission der Konterrevolution keine Waffen und Munition geliefert werden und Deutschland nicht zum Tummelplatz chauvinistischer Elemente von West- und Ost-Europa wird.

Für die SPD., Bezirksverband Berlin-Brandenburg: Brühl.

Für die SPD., Bezirksverband Groß-Berlin: Hänsler.

Für die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend: Sabath.

Für die Provinzielle Betriebsrätezentrale Wegmann.

Für die Betriebsräte der SPD.: Reinfisch.

Für den Eisenbahner-Verband, Ortsgruppe Berlin: Ullrich.

Für den Transportarbeiter-Verband Bezirksverwaltung Groß-Berlin: Klose.

Für den Bezirks-Betriebsrat der Eisenbahner: Marcl.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin: Heyn.

Wir machen die Devisenverwaltungen darauf aufmerksam, eine Prüfung der Bestellen vorzunehmen und festzustellen, ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen des Landes die den Tarifbestimmungen nicht nachkommen, sind unverzüglich der Bezirksleitung mitzuteilen. Geschäfte, welche die Löhne in tarifmäßiger Höhe nicht gezahlt haben, müssen die Löhne ab 15. Mai zur Nachzahlung bringen. Die Bezirksleitung.

Aufruf zum ersten Kongress der Betriebsräte Deutschlands.

Der geschäftsführende Ausschuss und der provisorische Beirat der Betriebsrätezentrale des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Arbeitsgemeinschaft 11. August einmütig beschlossen, hat in seiner Sitzung vom 11. August einstimmig beschlossen, die Vertreter der Betriebsräte zu einem

Kongress der Betriebsräte Deutschlands
zum 3. und 4. Oktober d. J. nach Berlin,
„Rote Welt“, Dönhofsplatz,
zusammenzuberufen.

- Als Tagesordnung ist vorgelesen:
1. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands (Referent: Genosse Weitzel).
 2. Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und die Sozialisierung (Referent: Genosse Dr. Hilferding).
 3. Die Aufgaben der Betriebsräte (Referenten: Dittmann und Körpel).
 4. Die organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte (Referent: Genosse Brödel).

Die Wahl der Delegierten, die Betriebsräte sein müssen und mindestens ein Jahr einer dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund oder der für angegliederten Organisation als Mitglied angehören, erfolgt ausschließlich durch die Betriebsräte. Mit der technischen Durchführung der Wahl sind die einzelnen Gewerkschaften betraut worden.

Arbeiter! Angehörige! Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte!

Der Klassenkampf zwischen Kapital und Arbeit nimmt täglich härtere Formen an. Unter dem Druck einer fürchterlichen Krise werden Hunderttausende zur Arbeitslosigkeit und damit zu grenzenlosem Elend verdammt. Ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl werden Betriebe unter nichtigen Vorwänden stillgelegt. Der Stilllegung von Betrieben durch Unternehmer gestellt sich die Sabotage der schwer erträglich, beschleidenen, durch das Betriebsrätegesetz geschaffenen Rechte der Arbeiter und Angestellten hinzu. Aus diesen Gründen ist eine berechtigtere Erregung in sämtlichen Arbeitnehmerkreisen eingetreten und der Drang nach Einfluss und Kontrolle auf die gesamte Produktion macht sich immer mehr geltend.

Dieser Einfluss kann nur gesichert werden, wenn eine einheitliche Zusammenfassung der Betriebsräte vorhanden ist, hinter der ebenso geschlossen die Gewerkschaften stehen. Diese organisatorische Zusammenfassung der Betriebsräte und die Regelung ihres Tätigkeitsgebietes nach einheitlichen Richtlinien wird durch den Kongress herbeigeführt werden. Dieser hat deswegen nicht nur vorübergehende Bedeutung, sondern wird durch Vereinigung der Betriebsräte zu einheitlichem Willen die Macht und den Einfluss der Arbeitervertretung in den Betrieben dauernd sichern.

Der geschäftsführende Ausschuss:
Gen. Grohmann, Brunner, Dittmann, Probst, WGB.
Gen. Aufhäuser, Klüner, Körpel, Wa.
Der provisorische Beirat der gewerkschaftlichen
Betriebsrätezentrale:

- Beleg (Metallindustrie), Leipzig, Wehr (Bergbau), Dortmund, Baumeister (Grap. Gewerbe), Dresden, Ecky (Kleinfabrik), Gellert (Leinwand), Lange (Leinwand), Götting (Leinwand), Hamburg, Mannhardt (Waugewerbe), Hamburg, Hammer (Polymilch), Stuttgart, Hillmann (Leinwand), Metallindustrie), Düsseldorf, Mühl (Leinwand, Sozialversicherung), Magdeburg, Karl Müller (Landwirtschaft), Strohschiff in Pommern, Friedr. Müller (Leinwand), Nürnberg, Mohr (Leinwand, Versicherung), und Landeseigenschaft), Hamburg, van Rieken (Staatsliche und kommunale Behörden), Hamburg, Rath (Chem. Industrie), 6000 am Rhein, Seiffert (Leinwand), Hamburg.

Betriebsräte-Konferenz unseres Verbandes. (Schluß.)

Hilfermann-Kürnberg: Im Betriebsrätegesetz sind leider gerade die Bestimmungen über Einstellung und Entlassung am stärksten beschränkt. Ganz wird uns das Wiederbeschäftigen der Arbeitslosen nicht gelingen, da im Vorjahre durch gesetzliche Verpflichtung zehn Prozent der Arbeitslosen übernommen werden mußten. Der momentane Aufschwung der Schuhindustrie brachte auch sonst einen starken Zufluss nach Industrie und damit ein Ueberfließen von Arbeitskräften beschränkt. Von Seiten der Betriebsräte sollte der Gewerkschaftsvertreter nicht bei jeder Kleinigkeit zu den Verhandlungen herangezogen werden.

Klaber-Strüger: Der Betriebsrat sollte die Zu- und Abgänge in den einzelnen Gängen mit unter Beobachtung halten, um gegen ungerichtete Arbeitszeitverteilung sein Veto einzulegen. Eine launige geführte allgemeine Statistik über die Zahl der ausgefallenen Arbeitsstunden über ganz Deutschland wäre angebracht. Es gibt Betriebe, die nun schon ein ganzes Jahr lang nur 30 Stunden in der Woche arbeiten. Bei Einstellungen muß man die Bedürftigkeit mitsprechen lassen; das es dabei nicht selten ohne Vorwürfe abgeht, muß der Betriebsrat sich strengster Rechtfertigung befleißigen. Auf Einhaltung des gesetzlichen Wöchnerinnenanspruches muß streng hingewirkt werden. Unter den Frauen fehlt es an Auffklärung und Organisationsgeist, dem abzuwehren, dazu reicht die Kraft des Betriebsrates nicht aus.

Sang-Tutlingen: Bei wichtigeren Anlässen dürfen die Betriebsräte nicht allein, sondern sie müssen, um Erfolg zu erzielen, in Verbindung mit der Organisation vorgehen. Das hat die Angelegenheit der Betriebsstilllegungen gezeigt. Einzelne Betriebe waren zuerst nicht zur Zahlung von Entschädigungen bereit, aber auf allgemeine Verhandlungen hin haben wir bindende Abmachungen erzielt. Nicht nur Kurzarbeiter, sondern auch die Entlassenen erhielten von den Fabrikanten Unterstützung. Leider wurde diese auf den Einfluss von außen her nach acht Wochen eingestellt. Es ist ein Fehler, daß anderwärts in dieser Sache nicht auch mit Nachdruck gearbeitet wurde. Wir haben in unserem Revier die Affordarbeit abgeschafft und werden uns auf Wiedererführung nicht einlassen. Wir haben gefunden, daß wir haben, unter der sich viel besser lassen läßt und die sich in jeder Hinsicht demut.

Sundhater-Berlin: Die Anregungen des Kollegen Steiner werden wir vermehren. Wichtig ist, daß täglich der Wiedererstellung das Richtige zu treffen; die Arbeitslosen bilden genannt nach dieser Konferenz. Den Vorbehalt von Leg finde ich als richtig, ohne aber dabei eine Grenze für die Arbeitszeiterhöhung für notwendig zu halten.

Bösch-Schweinfurt: Wir haben uns um Wiedererstellung aller Entlassenen bemüht, aber nur mit einem Teilerfolg. 30 Personen in der Steiner sind bisher noch nicht eingestellt. Bei Bedrohung auf anderer Forderung ist uns der Entzug der Kurzarbeiterunterstützung in Aussicht gestellt worden.

Görding-Erfurt: In der Wiedererstellungsfrage kommt es darauf an, gegenseitig eine Verbindung zu suchen. Hier hat man bei Entlassung von jungen Kräften zugesichert, dieselben später alle wieder einzustellen. Für die Frauen, die auf Grund der Bestimmungen der Demobilisierung entlassen werden, weil sie nicht direkt auf Verdiensten angewiesen sind, ist es zwecklos, sich einzulegen.

Kaum-Dresden: Bei Verhandlungen wird uns oft gesagt, daß die Wünsche der Unternehmungen selbst in die Millionen gehen. Das Gesetz ist dem Betriebsrat aber nicht das Recht, durch einen Einblick in alle Betriebsangelegenheiten sich von der Sachlage zu überzeugen. Die Allgemeinheit hat ein Interesse daran, daß nur brauchbares Schuhwerk gefertigt wird. Würde die Aufhebung der Erzeugung von Pappeckschuhwaren vielleicht auch gegen das Betriebsrätegesetz? Zum mindesten für Betriebe, die über 100 Personen beschäftigen, ist zu for-

Der Landestarif für den Freistaat Sachsen allgemein rechtsverbindlich.

Vom Reichsarbeitsministerium ist der Bezirksleitung folgende Mitteilung zugegangen:

Der zwischen dem Sächsischen Schuhmacher-Innungsverband, Freistaat Sachsen, in Dresden und dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Bezirk 7, am 15. April 1920 abgeschlossene Tarifvertrag nebst Minimaltarif wird zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Schuhmachergewerbe gemäß § 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 (Reich-Gesetzbl. 1456) für das Gebiet des Freistaates Sachsen für allgemein verbindlich erklärt. Die allgemeine Verbindlichkeit beginnt mit dem 15. Mai 1920.

Der Reichsarbeitsminister: S. A. Dr. Sicker.

Wann, das der Betriebsrat im Einklang mit dem Betriebsrat, im gewissen Rahmen zu sein.

Wiesler (Wettin:Kernschub): Mit der Erzeugung von Schwundate sind gerade die Arbeiter der Armen, von denen die Billigsten diese greifen müssen, geschädigt. Das Wetzlar-Kernschub hat durch ein Antwortschreiben an seine Mitglieder diesen aufgegeben, ihre Mitarbeit zur Bekämpfung von Schwundate zu verweigern. Um die Produktivität der Betriebe zu erhöhen, ist es notwendig, dass Meister und Arbeiter zusammenwirken. Das sehen aber manche Arbeitsschichten nicht gern. Einzelne haben ihre Betriebsräte mit verlockenden Machtbefugnissen ausgestattet, mit dem Hintergedanken, Unruhe zwischen den Meistern und Arbeitern zu stiften. Das liegt nicht im Interesse der Arbeiter. Reife Organisationen müssen trotzdem vorkommen, unter Umgehung der Öffentlichkeit zu schließen.

Hilfer-Berlin: Wir haben Anhaltspunkte dafür, daß zwischen einzelnen Fabrikanten eine Art Verständigung besteht, „militärische“ Verfahren von der Wiederherstellung auszuschließen. Gegen ein solches Verfahren müssen wir hart protestieren.

Dobrinisti-Wismars: Im Wismarsener Gebiet, wo nicht weniger als 700 Fabriken still liegen, bestehen große Schwierigkeiten, daß bei Wiederherstellung die Leute an ihre alten Plätze kommen können, da sogar ganze Betriebe auf der Strecke bleiben werden.

Jäckel-Dresden: Die Unfallsstatistik berichtet über eine Reihe Jugendverletzungen, die trotz Verbot an gewissen Maschinen beschlagnahmt wurden. Demnach muß ein großer Prozentsatz von Jugendlichen an solchen Maschinen beschäftigt sein. Revisionen durch die Betriebsräte können nur alle zwei Monate einmal und Beträgen können höchst selten zu sein. Für eine besondere Sachkommission für Betriebsräte ist es höchste Zeit; auch sollten statistische Feststellungen über die Betriebsräte vorgenommen werden.

Simon-Kürnberg: Zur Herausgabe einer Fachblatt Zeitschrift besteht solange keine Aussicht, als wir von der Reichsregierung kein größeres Quantum Druckpapier zugewilligt erhalten. Wir haben uns sehr darum bemüht, aber bisher ohne Erfolg. Mitarbeit aus den Kreisen der Betriebsräte am Fachblatt ist sehr notwendig; besonders die Mitteilung von wichtigen Entscheidungen der Schlichtungsausschüsse und sonstigen die Allgemeininteressierenden Vorgängen. Dem Redakteur kann nicht verlangt werden, daß er alles selbst überblickt.

Schmid-Tuttlingen: Der Obmann des Betriebsrates muß im Großen überblicken können, wie der Betrieb läuft, was eingeht und ausgeht und dergleichen Vorgänge. Das wollen aber einzelne Unternehmer immer noch nicht anerkennen und gehen soweit, zu erklären, unproduktive Arbeiter könnten sie im Betriebe nicht dulden. Der Betriebsrat kann sich nur durchsetzen, wenn er in der Betätigung einen festen Rückhalt hat. Die Frage der Entlassung von Frauen brachte manche Anträge auf; man kann auch nicht die Entlassung von Arbeiterinnen aufheben, für die keine Ersatzkräfte vorhanden sind.

Lez-Kürnberg: Widerspruchen Fabrikanten gegenüber hat der Betriebsrat auf allen Rechten, die ihm nach dem Betriebsratsgesetz zufallen, energisch zu bestehen. Man hat es auf die Entschädigung des Schlichtungsausschusses ankommen zu lassen. Eine Genehmigung zu Sitzungen während der Arbeitszeit ist nicht erforderlich, das Gesetz besagt nur, der Arbeitgeber ist verpflichtet zu benachteiligen.

Simon-Kürnberg: Das Betriebsratsgesetz enthält Unklarheiten. In Bayern hatten wir vor dem schon größere Rechte, z. B. in bezug auf Abhaltung der Sitzungen während der Arbeitszeit und Entscheidung derselben. Das Gesetz gestattet Sitzungen während der Arbeitszeit; nur in Ausnahmefällen. Wenn ohne Einpruch zu erheben der Fabrikant nach Inkrafttreten des Gesetzes die alten Rechte stillschweigend anerkannt hat, besteht die Aussicht, daß man auf dem Klagewege im Sinne der Arbeiter recht bekommt.

Steiner-Stuttgart (Schuhwerk): In der Entlassungsfrage müssen die Vorschriften der Demobilisierung nicht schematisch angewandt werden. In der Schuhindustrie, die schon seit vielen Monaten verlangsamt arbeitet, ist der Verdienst von Mann und Frau zusammen oft niedriger als der Beitrag, den in anderen Berufen der Mann allein verdient. Von Fall zu Fall müssen deshalb die Bestimmungen geprüft werden. Dabei muß die Frage, wer vor dem Krieg schon in der Industrie beschäftigt war, mit in Betrachtung gezogen werden. Wo Betriebsratsmitglieder auswärts wohnen, besteht mangels Abgehörbarkeit die Möglichkeit, die Sitzungen nach Arbeitszeiten abzuhalten. Die Notwendigkeit, dieselben während der Arbeitszeit abzuhalten, ist demnach für solche Fälle im Gesetz anerkannt. Aus den ihm zugewiesenen Aufgaben ergibt es sich ganz von selbst, daß der Betriebsrat an eine Arbeitsschicht wird, wo er tätig ist; ferner, daß ihm ein gewisser Raum und zeitliche Einzelheiten, z. B. in der Betriebsratssitzung, zur Verfügung gestellt werden. Dem ist auf in die Verfahren der Angestellten und der Arbeiter ist der Betriebsrat beauftragt, daran nicht zu scheitern.

Die Reduktion einer Seite auf die Rückfragen über den Inhalt des Entwurfs von Arbeitern mit dem Vorschlag, nach dem Wortlaut, wie oben mitgeteilt.

Vom Kollegen Rahn-Offenbach, wie auch vom Kollegen Steiner-Stuttgart vorgelegte Anstellungen für die Betriebsräte sollen diesen als Material zugänglich gemacht werden. Der Referent, Kollege Steiner, hatte für die Aufgaben der Betriebsräte folgende Richtlinien empfohlen, denen die Konferenz allseitig zustimmte:

Richtlinien für die Betriebsräte in der Schuhindustrie.

Zur Verwirklichung der wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Betriebsräte ist notwendig:

1. Die Zusammenarbeit mit den technischen und kaufmännischen Angestellten auf dem Boden des entschiedenen Klassenkampfes.
2. Aufführung und Erziehung aller Arbeitnehmer zum Sozialismus.
3. Umwandlung der kapitalistischen Profite in die sozialistische Bedarfswirtschaft.

Bis zur Verwirklichung dieses Zieles fordern wir:

1. Mitbestimmungs- und Entschädigungsrecht:
 - a) in Entlohnung und Entlohnung;
 - b) in Arbeitsbedingungen und Produktion.
2. Einsichtnahme in:
 - a) Ein- und Verkauf sowie Preisbildung;
 - b) volle Inventur- und Bilanzstellung mit den notwendigen Unterlagen.

Für ein Referat über: „Die Sachhaltung in der Schuhindustrie“ war Herr Raibstopp-Kürnberg gewonnen worden, welcher es als Fachmann auf diesem Gebiete verstand, in anerkannter Weise die Anwesenheit in diese Materie einzuführen. Das Referat wird im Protokoll über die Verhandlungen der Tagung allen Betriebsräten zugänglich gemacht werden.

Wir kommen im Folgenden auf die Ausführungen, die deshalb sehr großes Interesse bewirkte, weil sie die Frage vom Gehaltspunkt der Schuhindustrie behandeln, noch zurück. — Hierauf folgte Punkt 5 der Tagesordnung: Beratung über den Entwurf einer Arbeitsordnung für die Schuhindustrie. Mit der Abfassung eines diesbezüglichen Entwurfs war eine besondere Kommission betraut worden. Der Vorschlag der Kommission lag in Betreffsichtigung vor. In der sich zu diesem Punkt entwickelnden Diskussion kommt der Widerspruch zur Sprache, daß in einer großen Anzahl von Schuhfabriken noch die veraltetesten Werkzeuge von Seiten der Arbeiter gestellt werden müssen. Die heute die Werkzeuge ganz außerordentlich im Preise gestiegen sind, bedeutet die Entschädigung des Wertes für die betreffenden Arbeiter eine ganz empfindliche Lohnminderung. Auf eine Änderung dieses Zustandes muß gedrungen werden. Im Übrigen wird dem Entwurf der Arbeitsordnung unter Bornahme einiger Änderungen zugestimmt. Da der Text derselben im Protokoll erscheint, kann hier auf die Wiederabgabe derselben verzichtet werden. — Es folgte die Entgegennahme eines Referats über die Sozialisierungsfrage. Für den vorliegenden Referenten Dr. Hilferding war der Genosse Bürgermeister Dr. Freund-Kürnberg als Referent eingezogen, welcher diese Frage mit großer Sachkenntnis behandelte. Keiner ging zuerst auf die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Sozialisierung ein, um dann auf die Hindernisse, die der Sozialisierung entgegenstehen, zu sprechen zu kommen. Des weitern beauftragte er eingehend die verschiedenen Möglichkeiten der praktischen Durchführung der Sozialisierung. Nur einige Gedanken, die auf die Mitarbeit der Betriebsräte Bezug haben, seien hier hervorgehoben: „Wir müssen mit Hilfe der wirtschaftlichen Macht unsere politische Macht festigen. Die wirtschaftlichen Machtquellen müssen in den Besitz der neuen Verfassung übergeben. Der Kapitalismus holte seine Macht aus seiner die Wirtschaft beherrschenden Stellung. Daß die Arbeiterbewegung nicht darauf genügen ihr Augenmerk richtete, war ein Fehler. Es gilt, in den Betriebsräten die Kräfte heranzubilden, die zur Überwindung der Kontrolle befähigt sind. Die Gewerkschaften müssen im Sinne der Umwandlung revolutioniert werden. Heute schon ist die Betriebsdemokratie die Grundlage für den Sozialismus an und für sich.“ Im übrigen enthielt das Referat eine solche Fülle von Gedanken, daß es sich nicht nur die Betriebsräte angelegen sein lassen müßten, das im Protokoll erscheinende Referat eingehend zu studieren, sondern daß die Kollegenschaft allgemein sich damit vertraut macht.

Unter dem Punkt „Verschiedenes“ hatte die Konferenz sich noch mit dem gegenwärtigen Stand der Lohnfrage zu befassen. Der zehnprozentige Steuerabzug bei fortwährender Teuerung des Lebensunterhaltes hat die Einkommensfähigkeit des Arbeiters schwer geschädigt. In allen Teilen des Reiches ist dies durch die schweren wirtschaftlichen Kämpfe geschehen. Im Wirtschaftsgebiet Frankfurt a. M. beforderte hat sich eine scharfe Bewegung um Ausgleichung der Löhne an die neuer veränderten Existenzbedingungen erstreckt. Die Forderungen der Industriellen haben dem Drängen der Arbeiter auf Lohnerhöhungen auch entgegengekommen. Die Arbeiter fast sämtlicher Industrien haben Forderungen erhoben. Es haben beispielsweise die Bediensteten auf einer Fabrik eine Lohnminderung von 20 Prozent durchgesetzt. Auf die Arbeiter der Schuhindustrie hat das selbsteingewirkt, auch sie erheben Forderungen. Von Seiten der Fabrikanten wurde auf das selbsteingewirkt hingewiesen, an den die Arbeiter gebunden seien. Schließlich traten die Fabrikanten doch zusammen und erklärten sich bereit, in der Sache auf zentralen Wege zu verhandeln. Bekanntlich

hat die Verhandlung die Fabrikanten auf auf den Verhandlungspunkt gestellt, daß, solange ein Abbau der Lebensmittelpreise nicht wirksam geworden ist, an einer Erhöhung der Löhne nicht zu denken ist. Diese Konstellation schließt aber in sich, daß im untergesetzlichen Falle, wenn die Lebensmittelpreise sich weiter verschärfen — und das ist durch den Steuerabzug der Fall — sogar eine weitere Verdiensterhöhung notwendig ist. Im August Stuttgart haben die Arbeiter der Schuhindustrie eine Eingabe an die Fabrikanten auf Erhöhung einer Herbstbeihilfe (für jeden Arbeiter auf 200 Mk. und für jedes Kind auf 100 Mk.) gestellt. Verhandlungen darüber sind im Gange. Wegen des Steuerabzuges bei Arbeitern, die schon monatelang verlangsamt arbeiten, wurde bei der Steuerbehörde Einspruch erhoben. Eine verschiedene Seiten wird gewinnlich, daß auf zentralen Wege die Frage einer Beihilfe zur Erhebung kommen möge, daß aber den Fabrikanten auch eine zwingende Verpflichtung dabei auferlegt werden müßte. Es gäbe, so wurde z. B. angeführt, kühnere Leute, sogar Millionäre, die erklärten, für kurze Arbeit keine Entschädigung zu zahlen, solange eine Verpflichtung nicht ausgesprochen ist. Daß den Arbeitern im Sattlerberufe an jenem Orte 50 Prozent Entschädigung zugesichert wurde, die Schuhmacher aber nichts erhalten, hätte Mißbilligung verursacht.

Wir wollen die Hoffnung aussprechen, daß die Fabrikanten, besonders auch die Fabrikantenkreise, die glaubten, es sei der Zeitpunkt gekommen, daß man durch eine Tarifüberhöhung zu der Herabsetzung der Löhne schreiten könne, sich die traurige Lage der Arbeiterkraft vor Augen halten möchten, und den berechtigten Forderungen der Arbeiter entgegenkommen.

Bezüglich des Steuerabzuges gelangte die Konferenz einstimmig zu einer Meinungsäußerung, die besagt, daß es eine unerträgliche Belastung ist, daß denjenigen, die schon viele Monate unter verlässlicher Arbeitszeit leben, noch Abzüge an Steuern von dem geringen Verdienste gemacht werden. In Bezugnahme darauf, daß zurzeit ca. 30.000 Schuharbeiter unter verlässlicher Arbeitszeit arbeiten, wird verlangt, den Steuerabzug für diese Arbeiterkategorien auszusparen.

In seinem Schlusswort zur Konferenz bemerkte unser Verbandsobmann Kollege Simon noch folgendes: Wir sind am Ende einer bedeutungsvollen Tagung. Es gilt nun, daß hier Versprochene auch den übrigen Betriebsräten zu vermitteln. Es ist notwendig, häufige in Sitzungen und auch in den nachherigen Zusammenkünften, die seinen Segnungen entsandt hatten, Bericht zu erstatten. Das Protokoll der Tagung wird in einer Auflage, die für alle Betriebsräte ausreicht, angefertigt und zum Selbstkostenpreise abgegeben werden. Die Sachlichkeit und Aufrichtigkeit, mit der die Konferenz verlaufen ist, ist zu begrüßen. Ein großer Fortschritt wäre es, wenn die Meister, Schuhmacher und Sattler einmal zu einer solchen Betriebsratkonferenz zusammenkommen würden. Wir den Wertmessen sind wir ja nun in Verbindung. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr fern, wo wir die Vertreter dieser Organisation nicht nur als mitarbeitende, sondern auch als mitbestimmende in unseren Reihen sehen. Auch muß der Versuch unternommen werden, mit den handels- und kaufmännischen Angestellten zu diesem Zwecke in Verbindung zu kommen.

Politisch leben wir in einer sehr gespannten Situation. Der Weltkrieg hat immer noch nicht sein Ende gefunden. Der Ententeimperialismus bedient sich Volens gegen die russische Sowjet-Republik. Wir empfinden Genugtuung, daß die russische Republik die Anklänge von allen Seiten freigelegt haben hat. Kein Staat könnte eine solche Kraft aufbringen, wenn es so um ihn stünde, wie die fortgesetzten Eigenberichte über die Zustände in Rußland melden. Deutschland hat zu dem politischen russischen Kriege seine Neutralität erklärt. Die Arbeiterklasse muß alles daran setzen, einen etwaigen Bruch dieser Neutralität, von welcher Seite er auch versucht werden sollte, zu verhindern. Von Rußland hat Deutschland nichts zu befürchten; werden doch von den russischen Truppen sogar die alten deutschen Grenzen respektiert. Es fern es notwendig werden sollte, haben auch die Gewerkschaftsgruppen ihre Schuldigkeit zu tun.

Damit hatte am 11. August die Konferenz, die drei Tage in Anspruch genommen hatte, ihr Ende erreicht.

Gesetze und Zustände im Volkswirtschaftlichen Rußland.

(Schluß.)

Die Verfassung erstreckt sich auf alle Lohnarbeiter, ferner Angehörige unter einer gewissen Gehaltsgröße, sowie Minderbemittelte und kann auf selbständige Handwerker, Bauern und Anteilhaber ausgedehnt werden. Nach den Ausführungen der „Sozialen Praxis“ Nr. 28, der wir diese Angaben entnehmen, umfaßt die Versicherung alle Arten des Verlustes der Erwerbsfähigkeit, sei es durch Krankheit, Alter, Invalidität, Unfall, Mütterlichkeit, Vermittlung, Verwundung, sei es durch Arbeitslosigkeit. Die Renten fallen sämtlich dem Unternehmer zur Last. Bei Verlust der Arbeitsfähigkeit und bei Arbeitslosigkeit ist mindestens der volle Arbeitsverdienst zu gewähren. Den Wöhnerinnen wird neben Erbschaftsrenten ein Stillsitzen in Höhe von einem Viertel bis zur Hälfte des Arbeitsverdienstes für neun Monate gewährt. Die Beiträge sind hoch, 10 Prozent des Lohnes und für die Krankenversicherung, 4-6 Prozent für die Arbeitslosenversicherung zu entrichten.

Der Staat hat die Verantwortung der Produktionsmittel in den Händen der Gewerkschaft in weitestem Maße verwirklicht. Als Produktionsmittel sind: Herstellung und Vertrieb von Landmaschinen, Werkzeugen, Eisen, Stahl, Zement, Zementwaren, Nationalwaren und die bedeutendsten Betriebe des Bergbaues, der Metall-, Textil-, Elektroindustrie, Holzverarbeitung, Tabak-, Glas-, Keramik-, Leder-, Gementindustrie, der Dampfmaschinen, des Eisenbahntransportes usw. Nur die kleineren Betriebe bleiben im Privatbesitz.

Es besteht Arbeitspflicht, aber auch staatliche Pensionsberechtigung für jedermann. Für den Mann hört die Arbeitspflicht mit dem 50. Lebensjahre, für die Frau mit dem 40. Lebensjahre auf. Die Pension wird von den Gewerkschaften im Rahmen der Sozialgesetzgebung gewährt. Wer nach dem Ausfüllen der Arbeitspflicht noch arbeiten will, kann dies tun, er bekommt aber nach dem Inkrafttreten der Pension keine besondere Entlohnung, da die Pension reichlich für eine ausreichende Lebenshaltung bemessen ist. Uebrigens ist alles Geldverdienst außerhalb der 42wöchigen wöchentlichen Arbeitspflicht verboten. Durch diese Maßnahme soll die Verschwendung neuer Kapitalanlagen verhindert werden. Nach vollständiger Auszahlung hat es niemand nötig, Kapital zu sammeln, da für jedermann Bedürfnisse und für das Alter jedes Kollegen vom Staat hinreichend gesorgt wird.

Da für die Frauen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte bestehen, unterscheiden sie auch der gleichen Arbeitspflicht wie der Mann. Aber es wird auf die körperlichen Eigenschaften der Frauen Rücksicht genommen. Sie werden nur mit leichter körperlicher Arbeit betraut, haben kürzere Arbeitszeiten und jede Frau darf dem Arbeitsdienst keine Tage lang im Monat fernbleiben. In Russland sorgt der Staat für die Kinder von der Geburt bis zum 16. Lebensjahre. Daher besuchen Kinder die Frauen nicht von der Durchführung ihrer Arbeitspflicht. Allerdings ist die Frau bis zum 6. Lebensjahre des Kindes von der Arbeitspflicht entbunden, erhält aber von ihrer Gewerkschaft den gleichen Lohn, da die Überwachung der Mütterpflichten in Russland auch als Arbeitspflicht angesehen wird. Es steht aber jeder Mutter frei, ihr Kind vom 3. Lebensjahre an in den Sozialkinderheimen tagsüber oder dauernd unterzubringen. Für Versorgung, Bildung und Kleidung sorgt der Staat. Er bestreitet sämtliche Unkosten.

Die Kindererziehung ist nach Tolstois Ideen in großartiger Weise durchgeführt. Die Kinder sind in Kinderheimen untergebracht. Es schlafen in einem Zimmer etwa 12-15 Kinder, in größeren Räumen 20. Diese Zahl darf nicht überschritten werden. Die Schwestern sind verpflichtet, mit den Kindern im gleichen Zimmer zu schlafen. Die Kindererziehung ist als staatliche Arbeit und Erfüllung der Arbeitspflicht. Die beiden Kinderheime in Petersburg, wie das in ein solches Heim umgewandelte Zarenkloster Jaroslawe selo beherbergen ungefähr 55.000 Kinder. Diese Kinderheime stehen unter der Leitung von deutschen und schweizerischen Mägden, die Schwestern sind ebenfalls überwiegend Deutsche. Vom 6. Lebensjahre beginnt die Schulspflicht, mit dem 16. endet sie. Es gibt nur eine Einheitschule, die aber einen reichhaltigen Lehrplan aufweist. Es wird die russische, deutsche und englische Sprache gelehrt. Mit dem 18. Lebensjahre beginnt die Handwerkslehrepflicht, die Fernstudien dauert nur zwei Jahre.

Es besteht im bolschewistischen Russland allgemeine Militärpflicht. Unter Gewährung eines Beschlusses, daß ihm bei seinem Aufenthalt in Russland von den Sozialbesitzenden die Mittel gezeigt wurden, die in deutschen Zeitungen über die Hungersnot in Russland, besonders Petersburg, erschienen sind. Bei genauer Prüfung ergab sich, daß sie gefälscht sein müssen, denn verschiedene auf den Bildern sichtbare Gebäude und Landschaften kommen weder in Petersburg, noch in einer anderen Gegend Russlands vor. Hier hat offenbar eine tendenziöse Berichterstattung den Deutschen das Grausere vor den bolschewistischen Zuständen beibringen wollen. Derselben irreführenden Schilderungen sind auch durch journalistische Leistungen in der Presse verbreitet worden. In Russland sind Lebensmittel überall in reichlichen Mengen vorhanden. Es besteht allerdings Zwangsrationierung, aber aus anderen Gründen, als aus denen der Knappheit. Für die Rationierung sind drei Klassen vorgesehen. Klasse 1 umfaßt die Kopf- und Handarbeiter, Klasse 2 die bereits pensionierten Personen und diejenigen, die einen leichten Beruf haben, in Klasse 3 fallen diejenigen, die nicht arbeiten wollen, weil sie von ihrem Kapital leben. Die Stellungnahme der Sozialregierung diesen Kapitalisten gegenüber besteht darin, daß man ihnen zwar ihr Geld nicht abgenommen hat und sie auch nicht zur Arbeit zwingt, aber man weiß sie in Klasse 3 der Rationierung.

In Klasse 1 kostet das Pfund Brot 3 Rubel, das Pfund Zucker 15 Rubel usw. In Klasse 2 erhält man statt 1/2 nur 1/3 Pfund Brot täglich, außerdem 1/4 Pfund Brot zum Mittagessen, ferner: auch nur 13 statt 15 Pfund Mehl pro Kopf und Monat. Sonst sind die Nationen die gleichen wie in Klasse 1. Die Kosten für Klasse 2 betrieft die Gewerkschaft, die die Pension bezahlt. Bedeutlich höhere Preise bestehen in Klasse 3 für diejenigen, die sich an der allgemeinen Arbeitspflicht nicht beteiligen. Für

ke kostet das Pfund Brot 300 Rubel, das Pfund Zucker 5000 Rubel, ein Stck Seife 950 Rubel, ein Stck Butter 500 Rubel. Es muß einer schon sehr viel Geld bekommen, wenn er sich bei diesen Preisen dauernd der Arbeitspflicht entziehen will. Die in diesen Preisen beachtlichen überhöhten Summen gelangen in den Besitz des Staates, entschließt sich aber ein Vermöglicher, zu arbeiten, so erhält er in Klasse 1 die Lebensmittel zu den höchsten billigen Preisen, wie alle anderen. Diese Unternehmung besteht im Wohnungswesen. Die Miete für eine Dreizimmerwohnung beträgt etwa 75 Rubel für den Monat, ein Arbeiter würde dafür monatlich etwa 3000 Rubel bezahlen müssen. Gegenüber den Schilderungen in der deutschen Presse über die ungeheuren Kosten der Lebenshaltung in Russland ist also kritische Vorhut geboten, da die große Leistung nur für die Vermögenden besteht, für die Arbeitenden aber durchaus erträgliche Lebensverhältnisse bestehen.

Wie man aus diesen Schilderungen sieht, sind die Zustände in Russland bei weitem nicht so schlimm, wie sie sich der kapitalistischen Anschauung darstellen. Entgegen aller Schwarzmalerei hat die Sozialrepublik bisher ihre Lebensfähigkeit bewiesen. Immerhin ist der Zeitraum, seitdem sie besteht, zu kurz, um schon ein abschließendes Urteil zu fällen. Und man muß sich doch bevor hüten, das russische Beispiel ohne weiteres auf Deutschland zu übertragen. Abgesehen von den Beschie Unvollständigkeiten des Nationalcharakters heider Völker darf nicht übersehen werden, daß zwischen den Lebensbedingungen der Bevölkerung des russischen Agrarlandes und des deutschen Industrielandes erhebliche Abweichungen bestehen. Deutschland steht das ungeheure, fruchttragende Hinterland, über das Russland verfügt. Russland kann sich dauernd von der Welt abheben und von seiner eigenen Lebenserzeugung leben, während wir in hohem Grade auf die Einfuhr von Lebensmittel und industrielleren Rohstoffen angewiesen sind. Ob die deutsche Agrarwirtschaft sich nach anderen Prinzipien lösen umgestalten und die Lebenserzeugung sich so stark steigern läßt, daß der Ertrag ungedeckter gedeckt wird, ist fraglich. Während der Kriegszeit, wo es sehr nötig gewesen wäre, ist dieser Beweis von unserer allerdings primitiv-organisierter Landwirtschaft nicht erbracht worden.

Immerhin: Die ungeheuren Entschädigungen dieses Krieges haben die alte kapitalistische Weltordnung arg ins Wanken gebracht, und es sind auch andere als die überlieferten und gemauerten Lebens- und Gesellschaftsformen durchaus denkbar. Es ist möglich, daß die von Russland ausgehende Bewegung stark genug ist, sich unter Anpassung an die Eigentümlichkeiten der einzelnen Länder, die Welt zu erobern. G. Schmidt.

Rollege Prahlhane.

Sein Geschlecht ist weit verbreitet. Wohl fast in jeder Zählstelle ist mindestens ein Exemplar dieser Gattung zu finden. Er ist leicht erkennbar an seinem charakteristischsten Merkmal, seiner Prahlhane und seiner Empfindlichkeit. Er läßt sich gern als Funktionär wählen. Doch bei dem geringsten Anlaß füllt er sich zu Tode getränkt und wirft den Kollegen den Beitel vor die Füße. Eigensinnig wie ein Kind verweigert er dann jede weitere Tätigkeit. Für eine ihm zugefügte Ehrenfäulung sucht er sich durch allerlei Skandalen zu rächen. Hat er sich ein Opfer ausgesucht, so trägt er sein Stänkesmaterial in behaglicher Länge und Breite zungengewandt und lungenstärklich vor. Am liebsten beschließt er sich mit der Ortsverwaltung, und ihr das Leben so teuer wie möglich zu machen, bedeutet für ihn die reinste Freude. Sein Fehler Grund ist der Eifer. Ihn ist er treu ergeben. Hat er mal etwas Besonderes vor, dann nimmt er sich Freund und Alkohol zu Hilfe. Dann funktioniert sein Mundwerk wie geschmiert, und Wände und Zuhörer erschauern vor der Kraft seiner Zornentladung. Ohne Alkohol ist er nicht so rabiat. Ja, er wird sogar lustig und gutmütig, wenn man ihm geduldig zuhört und ihm Beispruch gibt. Dann gehen seine Schimpfereln bald in Brochieren über und sein Heißes „Ja“ erscheint dabei im herrlichsten Glorienschein. Was bei anderen eine Selbstverständlichkeit ist, bei ihm eine Sensation. In seiner Prahlhantigkeit ist er einer Henne, die jedes von ihr gelegte Ei als ein Weltereignis begadert.

Im übrigen ist er ein brauchbarer Mensch. Man lasse ihm nur möglichst seinen Willen, widerspreche ihm nie und überlasse vor allem bei keiner Gelegenheit seine wertvolle Person. Dadurch kann man bei ihm den Sinn für Frieden und Freundschaft erwecken. Das wird aber nur demjenigen gelingen, der mit eigenhändigen Kindern und rohen Eiern umzugehen versteht. Reichmanns-Cottbus.

Aus unserem Beruf.

Bestimmen der Unternehmern. Die jetzige Krise nützt ein Teil der Berliner Fabrikanten dazu aus, um bei Wiedereröffnung der Betriebe die Betriebsräte, welche die Interessen der Arbeiterchaft vorzunehmen haben, zu maßregeln. Das System der schwarzen Listen soll, wenn nicht alle Anzeichen trügen, wieder zur Einführung kommen, um Arbeiter, die ihre Rechte wahrnehmen, dauernd brotlos zu machen. So sind Fälle zu verzeichnen, die dieses zur Wahrscheinlichkeit machen, u. a. Ein Betriebsratsmitglied der Firma Gebr. Silberberg, Köpenicker Straße 55 bei der Firma Leiser, Schmidtstraße 24/25 nicht

angestellt worden, nachdem der Meister von Leiser bei S. telephonisch Auskunft über den Kollegen eingeholt hatte. Auch die Firma Leiser, bei der der Kollege der Geschäftsführer, Herr Jacobi, durch besondere reaktionäre Maßnahmen ausgezeichnet, hat einige Mitglieder des Betriebsrates gemahngelt und verweigert jede Verhandlung, auch benützt Herr Jacobi die Krise, um bei verschiedenen wieder eingestellten alten Arbeitern die Löhne bedeutend herabzusetzen, entgegen den Bestimmungen des § 6 des Zulagevertrages des Betriebsrates. Die Firma Scheel hat auch nicht Arbeiterinnen durch Anhebung der Entlohnung zu zwingen, für niedrigeren Lohn, als vor der Stilllegung gezahlt wurde, zu arbeiten und dies durch Unterhelfen zu unterstützen. Es sind diese Praktiken umso verwerflicher, als die Firma erst nach vor kurzem ihr lokales Betriebsrats beauftragt, indem sie durch mehrschichtigen Arbeitsplan die außerordentliche Herabsetzung ihrer Preise beantragt.

Mitteilungen.

Barmen. Seit unserer letzten Lohnbewegung im Frühjahr hat sich in unserer Zählstelle in Bezug auf Verjammungsbefehl sowie Agitation unter den Kollegen eine Klarheit bemerkbar gemacht, daß es wirklich angebracht ist, die Kollegen aus ihrem Schlaf aufzuwecken. So kann es nicht weitergehen, soll die Zählstelle nicht noch mehr zurückgehen. Den Herren Zunftmeistern, sowie dem Herrn Obermeister scheint der Ramm wieder so an geschwollen zu sein, daß er Raubstahl unserer Kollegen, daß sie uns verprochenen drei Tage Feiern ganz in Vergessenheit geraten sind. Auch bezügl. der Beschaffung unseres Tariflohnes scheint es sehr zu hauern und die Akkordarbeit, wo dieselbe für Reparaturen hier am Orte abgehandelt ist, wieder in voller Blüte zu stehen. Die Kollegen der Ortsverwaltung, die auch ihrer Arbeit nachgehen müssen, können die Kontrolle und Agitation nicht allein ausführen, die Kollegen müssen alle mitarbeiten. Unsere wirtschaftliche Lage ist doch wirklich nicht so schlimm, um zu schlafen, sondern jeder Kollege müßte jetzt doppelt seinen Mann stellen zur Agitation, um seine Lage zu verbessern. Auch an die Kollegen der Schichtarbeit hier am Orte möchte ich diese Mahnworte richten. Den jüngeren Kollegen möchte ich hauptsächlich ans Herz legen, die Versammlungen besser zu besuchen. Es ist eine Schande, zu sehen, wenn nur immer 15-20 Kollegen anwesend sind, dadurch geht den einzelnen Kollegen das Interesse auch verloren und die ganze Arbeit läßt dann nur auf der Ortsverwaltung und kann dann nicht so politisch geleitet werden. Kollegen, beachtet darum die Versammlungen Mann für Mann und stellt euch alle für die Agitation zur Verfügung, damit es hier in Barmen auch wieder vorwärts geht. Datten wir doch im vorigen Jahre 170 Mitglieder und jetzt sind wir bis auf 110 Mitglieder gesunken, das ist ein Rückschritt, welcher wieder weitgemacht werden muß.

Reihen. Was man den Arbeitern in der Zählstelle alles zumutet, sei in folgenden Vorkäufen, die sich bei der Firma A. Preuß abspielen, beleuchtet: Nach dem die Arbeiterzeitung lange Jahre in Ruhe und Frieden gearbeitet hat, scheint sich Herr Preuß die Grundprinzipien der Volkspartei so recht zu eigen gemacht zu haben. Bei welcher er ja selbst nicht Schwiegerhahn hier am Orte an der Spitze tätig ist. Herr Preuß scheint seinen Standpunkt ganz geändert zu haben, worin ihm seine Meister noch ganz besonders unerschrocken. Trotzdem so mancher der Wähler von den Arbeitern etwas gelernt hat, glauben sie, nachdem die Arbeiter am 10. Juni entlassen waren, den Arbeitern ihre Plätze einnehmen zu müssen, um den Betrieb einigermassen aufrecht zu erhalten. Eine ganz besondere Leistung vollziehen sie, indem sie in aller Stille mit Herrn Preuß den Arbeitern einen Afford diktiert, welcher den örtlich betrieblichen Verhältnissen geradezu Hohn spricht; denn auch sie wissen ganz genau, wie die Einrichtungen im Betriebe beschaffen sind. Dadurch ist es geradezu unvermeidlich, daß sie damit den Arbeitern in den Rücken fallen. Auch Herr Preuß scheint sich durch sie gestärkt zu fühlen und betrachtet am liebsten sein: alten Arbeiter als fremd und seine Handlungswellen lassen schlingen, daß er einen ganzem Teil seiner alten Arbeiter nicht wiedersehen möchte, trotzdem ihn dies selbst zu einem vermögenden Mann gemacht haben. Demartigen Unfand wird so mancher nicht erwarten haben. Hat doch eine ganze Anzahl für Herrn Preuß für 60-80 Mark die Woche, wie Kutscher, Metzger, Portier oder Lagerarbeitern arbeiten müssen. Auch Herr Preuß hat nicht zurück, eine Beschneidung bei einzelnen zu fordern, daß sie seiner Gewerkschaft angehören. Den gesetzlichen Betriebsrat wollte Herr Preuß während der Dauer der Entlassung nicht mehr anerkennen. In eine ganz besondere Empörung gerieten die Arbeiter, nachdem Herr Preuß sein Lager zum Teil geräumt hatte und er glaubte, durch den schändlichen Arbeitsnachweis eine Auslese unter den alten Arbeitern halten zu können, indem er demjenigen eine Liste von 19 Personen zur Anfordern übermittelte. Diesen 19 Mann stellte Herr Preuß derartig niedrige Bedingungen im Afford, daß der beste Facharbeiter 150 Mk. die Woche kaum verdienen würde. Ein ganzer Teil würde kaum auf 90-100 Mk. kommen. Trotz aller Vorbedingungen läßt sich Herr Preuß von seinem Plan nicht abbringen, sondern bittet einisch. Da seine Verhandlung möglich war, hat es die Arbeiterchaft abgelehnt, die Arbeit wieder aufnehmen. Bei der Umarbeitung des Affords und der Bedingungen wurde der Betriebsrat und die Arbeiterchaft vollständig ausge-

Wartel. **Werkst** lernt Herr **Wend** auch einmal erleben, daß der Arbeiter ein Recht hat zu leben, gleich wie er. Wir erlauben die Kollegen allerorts davon Kenntnis zu nehmen und uns darin zu unterstützen.

Kentlingen. Am 16. August hielt die Jahreshilfe eine außerordentliche Versammlung im Markthaler Hof ab, zu welcher auch technische und kaufmännische Angestellte eingeladen und erschienen waren. Unter erster Bevoollmächtigter und Delegierter für die Betriebsrätekonferenz, Kollege J. Bohrer, erstattete Bericht über dieselbe. An der Hand der Tagesordnung erläuterte er die verschiedenen in Nürnberg gehaltenen Referate und ebenso die Ergebnisse der Diskussion. Während seines Berichtes erschienen auch der eingeladene neugewählte Bezirksleiter Wittlich von Stuttgart und erfreute die Anwesenden mit seinen passenden Ausführungen in der Hauptsache über das Referat des Herrn Bürgermeister Dr. Freund-Nürnberg: Sozialisierung der Betriebe betr. In der daran anschließenden Aussprache kam allgemein zum Ausdruck, daß sämtliche im Lohn beschäftigte Angestellte und Arbeiter den Kampf gegen das Kapital zu führen haben.

Eiesburg. Zugang nach hier ist Krieg fernzuhalten. Erkundigungen sind bei der Ortsgruppe einzuziehen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche v. 30. Aug. bis 5. September der 36. Wochenbeitrag fällig ist.

Hilfsbeamter für den Bezirk 8, Sachsen und Schlesien, Sitz Dresden, gesucht.

Auf entsprechenden Antrag hat der Vorstand beschlossen, zur Unterstützung des Bezirksleiters in Dresden einen Hilfsbeamten anzustellen. Wir bringen hiermit diesen Posten unter unsern Mitgliedern zur Ausschreibung. Derselbe hat in der Hauptsache die schriftlichen Arbeiten zu erledigen, muß aber auch befähigt sein, den Bezirksleiter in allen agitatorischen und organisatorischen Angelegenheiten im Behinderungsjahre vertreten zu können. Respektiert wird daher auf eine tüchtige Kraft. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Verbands angehören.

Der Gehalt richtet sich nach den Beschlüssen des Verbandstages. Die Stelle soll bis 1. Oktober d. J. besetzt werden. Die Bewerber haben mit ihrem Bewerbungsschreiben auch einen kurzen Aufsat über die Aufgaben eines solchen Hilfsbeamten einzureichen. Aus dem Bewerbungsschreiben muß das Alter, die Beschäftigung, sowie die bisherige Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung hervorgehen. Die Bewerbungsschreiben sind bis spätestens zum 18. September an den Vorstand einzureichen.

Auf Grund des § 6 Abs. 1 des Statuts wurde folgenden Jahreshilfe die Erhöhung, bezw. Einführung von Ertragsbeiträgen genehmigt:

- Hannover.** Für Juli, August und September einen Lokalbeitrag von 5,00 Mk. für männliche und 3,00 Mk. für weibliche Mitglieder pro Monat.
- Bonn.** Vom 1. Oktober ab einen Lokalbeitrag von 60 Pf. pro Woche und Mitglied.
- Braunschweig** für die Monate Juli, August und September 50 Pf. pro Mitglied und Woche.
- Mannheim.** Vom 1. Oktober ab 25 Pf. pro Woche und Mitglied für die 1., 2. und 3. Beitragsklasse und 10 Pf. für die 4. Beitragsklasse.
- Oldenburg.** Vom 1. September ab 30 Pf. pro Woche und Mitglied.
- Koblenz.** Vom 1. Oktober ab 20 Pf. pro Woche und Mitglied.
- Münster.** Für die Monate Juli, August und September 5 Mark pro Monat und Mitglied.
- Elft.** Vom 1. Juli ab 20 Pf. pro Woche und Mitglied.

Die Mitglieder genannter Jahreshilfe machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtzahlung dieser Ertragsbeiträge die Folgen des § 9 Abs. 1 nach sich zieht.

Vorstellung für die Arbeitslosenkartens. Die Vorstellung für die Karten zur Berücksichtigung über die Arbeitslosigkeit ist wieder aufgehoben worden. Die Karten sind in Zukunft also mit 30 Pf. freizumachen, worauf zur Vermehrung von Straßenlosgang besonders hingewiesen wird. Der Hinweis auf Seite 228 unseres Jahrbuches, daß die Jahreshilfe kein Porto kosten und ohne Karte in den Briefkasten zu werfen seien, ist also hinfällig; es wird eruchtet, diesen Fallus in dem Handexemplar der Ortsverwaltungen zu streichen.

Wir erwarten, daß trotz dieser Wenderung die Pünktlichkeit in der Berücksichtigung von keinem einzigen Orte einen Abbruch erfährt. In Zeiten solch außerordentlicher Arbeitslosigkeit wie jetzt, ist eine genaue Arbeitslosen-zählung äußerst notwendig und wertvoll. Der Verband hat die Kosten dieser Statistik nicht allein zu tragen. Die Vorstandsorgane werden ihm im Gesamten aus öffentlichen Mitteln vergütet.

Die Doppelbriefstafel zu 6 Mk. ist vergriffen. Dagegen ist eine Doppelbriefstafel mit Schloß und vier Schlüssel zum Preis von 8,50 Mk. eingetroffen.

Von den Doppelbriefstafeln zu 4 Mk. ist noch eine Anzahl vorhanden, dergleichen von den früheren Jahreshilfen die sich zum Austragen des Fachblattes eignen. Preis 5 Mk. Genannte Tafeln werden zum Selbstkostenpreis an die Mitglieder verabfolgt und sind zu empfangen. Bestellungen nehmen die Ortsverwaltungen entgegen. **Nürnberg, den 28. August 1920.**

Der Vorstand.

Zur Beachtung!

Viele Kollegen verlangen immer noch von uns Lieferung von Briefstafeln, Jahrbücher usw. die doch nur beim Vorstand in Nürnberg zu bestellen sind. Bei etwas mehr Aufmerksamkeit wird Zeit, Geld — und Nerven gespart.

Expedition d. Schuhmacher Fachblattes.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

- Oldenburg.** Das Buch Nr. 72352, 2. Aufl. auf den Namen Wilhelm Strell, eingetr. am 15. 6. 1917 in Walsrode lautend, ist verloren gegangen.
- Leipzig.** Karl Dübber, Dienstr. 2. 1. Bev., Julius Thomas, Wöhlentstr. 1, 2. Bev.
- Regensburg.** Jakob Trener, 1. Bev.; Jacob Jenter, 2. Bev. Die Unterfügungen jadis der 2. Bev. Jacob Jenter, täglich aus. Als Zuschriften sind an den 1. Bev. Jac. Trener, Schloßstr. zu richten. Verlehrs- und Versammlungstafel „Im Kreise“.

Literarisches.

Einen neuen Revue für die bis ins Kleinste durchgearbeiteten Buchpläne der deutschen Reaktion bringt die neue Nummer der „Freien Welt“ in Gestalt einer Landkarte aus dem Untermaterial des Hauptmann Pfeffer, in die das Aufmarschgebiet der tonterrevolutionären Truppen gezeichnet ist. Wie sehr unsere „republikanischen“ Truppen auf die Abwehr des drohenden Militärputsches vorbereitet sind, beweisen die Bilder aus der Infanterieschule Wilmshof. Was der hegrierische Militarismus für das deutsche Volk bedeutet, zeigt ein reich illustrierter Artikel „Das verjährte Volksermögen“, der eine klammernde Anklage gegen die Reichsparteien und den Militarismus ist. Die reich ausgestattete Nummer bringt außer aktuellen und nicht aktuellen Bildern ein Gedicht „Der Arbeitsweg“ von Wilhelm Koenen, eine Skizze „Der Diebstahl von Margarete Behrendt, den Roman, einen interessanten Aufsatz „Ein Sonntag mit den Arbeiterwanderern im Wendenland“ mit entzückenden Bildern und eine treffende Karikatur. Preis des Heftes 80 Pf.

Redaktionschluss: Montag früh 10 Uhr. Berichte müssen spätestens Sonnabend früh, kurze Notizen und Depeschen bis Montag früh in unseren Händen sein. Die Redaktion.

Versammlungs-Kalender.

Mitglieder-Versammlungen.

- Bremen.** Montag, den 6. Sept., abends 7 1/2 Uhr pünktl. im „Gewerkschaftshaus“, Faulenstraße 68/69.
- Gießen.** Jeden Dienstag nach dem ersten, abends 8 Uhr im Lokal „Hotel Drücker“.
- Dortmund.** Montag, den 6. Sept., abends 7 1/2 Uhr im Lokal Wdh. Wolf, Blunshaus, Ostwall 17.
- Darleh.** Jeden 1. Montag im Monat im Gasthaus „Zum Schwanen“.
- Emden.** Die Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat abends 8 Uhr im Garrels „Klubhaus“ statt.
- Eggenfelden.** Sonnabend, den 4. Sept., nachmittags 2 Uhr im Gasthaus Wöfer.
- Fürstentum (Spre).** Montag, den 6. September, abends 7 Uhr, Versammlung im Lokal „Wilhelmshöhe“, Gartenstraße.
- Gera.** Jeden zweiten Montag im Monat bei Hh. Wdh. Grotzer.
- Halle.** Montag, den 6. Sept., im Restaurant „Union“.
- Hartp.** Montag, den 6. September abends 8 Uhr im Lokal „Forkhaus“.
- Hannover.** Montag, den 6. Sept., abends 7 Uhr im Restaurations-Saale des „Gewerkschaftshaus“ (Eingang durch Restaurant).
- Halle.** Montag, den 6. Sept., abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“.
- Hirschberg i. Schl.** Montag, den 6. September, vorm. 9 Uhr im „Gasthaus zum Hochstein“, Markt 22.
- Kiel.** Montag, den 6. Sept., abends 8 Uhr Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer Nr. 9.
- Magdeburg.** Montag, den 6. Sept., abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 4.
- Magdeburg.** Dienstag, den 7. Sept., abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Sophienstraße 50-52, Zimmer Nr. 4.
- Regau (Ergeb).** Sonnabend, den 4. Sept. 1920, abends 7 Uhr im „Schwabe's Restaurant“.
- Rudwigshaven.** Montag, den 6. Sept., nachmittags 1/2 Uhr im Lokal Herdt, Eck Marien- und Gellertstr.
- Waldorf.** Montag, den 6. September, abends 8 Uhr in der „Central-Herberge“, Güterstraße.
- Wienburg.** Montag, den 6. Sept., abends 7 Uhr im Lokal Behr, Senkel, Hintere Straße.
- Offenb.** Montag, den 6. Sept., abends 8 Uhr im Lokal „Gartler“.
- Kentlingen.** Freitag, den 3. Sept., sofort nach Geschäfts-schluss i. „Gewerkschaftshaus“ Versammlung der Fabrik- und Schloßarbeiter.
- Koblenz.** Sonnabend, den 11. September, abends punkt 8 Uhr im „Deutschen Haus“.
- Gesäß.** Montag, den 6. September abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“.
- Graubing.** Montag, den 6. Sept., abends 8 1/2 Uhr.
- Stollberg.** Sonnabend, den 4. Sept., abends 8 Uhr im „Schützenhaus“.
- Stendal.** Dienstag, den 7. Sept., abds. 8 Uhr im Lokal des Herrn Wdh. Kienau, Union.
- Schneewindgen.** Unsere Mitgliederversammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat beim Gastwirt Heinrich Wosse statt.
- Waldheim (Sachsen).** Montag, den 6. September, abds. 8 Uhr im „Schweizerhof“.
- Zwönitz.** Montag, den 6. Sept., abends 8 Uhr im Gasthof „Zum Roß“.

Inhalts-Verzeichnis.

Arbeiter, Angestellte und Beamte von Berlin und der Provinz Brandenburg. — Der Landestarif für den Freistaat Sachsen allgemein rechtsverbindlich. — Aufruf zum ersten Kongress der Betriebsräte Deutschlands. — Betriebsräte-Konferenz unseres Verbandes. (Schluß). — Besetzung und Zustände im bolschewistischen Rußland. (Schluß). — Kollege Prachand. — Aus unserem Beruf. — Mitteilungen. — Verbandsnachrichten. — Literarisches. — Versammlungskalender.

Verantwortlicher Redakteur: Wdh. B. d., Göttha. Druck u. Verlag von Wdh. B. d. u. Co., Göttha.

Willst Du, junger Fachkollege
Deine Schnittmuster selber schneiden lernen,
so studiere vorher die kleine Schrift
Perfektum!
Sie gibt Dir die richtige Anleitung
wie Du dabei vorgehen mußt. Preis 2,20.
Verlag „Schuhmacher“, Göttha
Kellerer Straße.

Geübte Wender,
sowie
1 Zuschnneider
sowie
Florens Kinus, Schuhfabrik,
Merseburgerstraße 1. 6.
Unsere lieben Kollegen Wilhelm Müller
neßt seine lieben Braut Marie die herzlichsten Glückwünsche zur goldenen Hochzeit.
Die Jahreshilfe Kaffel.

Unsere lieben Kollegen Ernst Schlichting und seine lieben Braut zu ihrer am 28. August stattgefundenen Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Zablitz. Schneidemühl.
Unsere Kollegen Kaffel Philipp und seiner lieben Braut Wilhelmine zu ihrer am 28. August stattgefundenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Kollegen der Zablitz. Rudwigschaven.
Unklugsam verspätet!
Unsere lieben Kollegen Robert Horst und seiner lieben Braut Margarete zu ihrer stattgefundenen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
Die Zablitz. Warten.

Nachruf.
Am 26. August verschied nach
langem Leiden unser treuer Kollege
Gustav Kiel
im Alter von 66 Jahren.
An voller Blingabe für unsere Sache
hat er stets seinen Mann gestanden.
Mit seinen Angehörigen betragen wir
diesen schmerzlichen Verlust. Ein
ehrenbreites Andenken ist ihm gewiß.
Die Kollegen und Kolleginnen der
Firma A. Floring-Wermelsdorfen.